

**Antrag**

Hannover, den 19.12.2019

Fraktion der FDP

**Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation im Maßregelvollzug**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Derzeit sind 79 verurteilte Straftäter, für die der Maßregelvollzug angeordnet ist, in Niedersachsen frei, weil Therapieplätze fehlen. Diese Situation ist auf Dauer nicht tragbar und muss deshalb kurzfristig geändert werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zu prüfen, inwieweit leerstehende Landesliegenschaften kurzfristig für eine Unterbringung genutzt werden können,
2. zu prüfen, inwieweit Plätze auf geschlossenen Stationen privater Kliniken zur Unterbringung genutzt werden können,
3. zu prüfen, inwieweit die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern intensiviert werden kann,
4. eine erneute Gefährdungsbeurteilung aller aktuell nicht untergebrachten Personen durchzuführen,
5. für geeignete Täter zu prüfen, ob eine engmaschige Meldepflicht bei Polizeibehörden in Kombination mit verpflichtender Teilnahme an ambulanten Therapien eine mögliche Alternative darstellt,
6. zu prüfen, wie im Verlauf der Wartezeit eine fortlaufende Gefährdungsbeurteilung erfolgen kann, und gegebenenfalls eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen.

## Begründung

Die derzeitige Lage im Bereich des Maßregelvollzugs ist nicht mehr hinnehmbar. Es gilt, Therapieerfordernisse und -Bedürfnisse der psychisch und suchtkranken Patientinnen und Patienten mit den berechtigten Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger in Einklang zu bringen.

Neben den notwendigen langfristigen Maßnahmen wie einer besseren Personalausstattung oder der Prüfung, ob und in welchem Umfang Neubauten erforderlich sind, müssen deshalb zwingend alle kurzfristigen Maßnahmen geprüft und, soweit die Prüfung zu einem positiven Ergebnis geführt hat, auch zeitnah umgesetzt werden.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 02.01.2020)